

Abstimmung vom 27.09.1998

Die Gegner kämpfen mit Strohballen, die Befürworter mit Denner

Abgelehnt: Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Die Gegner kämpfen mit Strohballen, die Befürworter mit Denner. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 563–564.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Mit der Initiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe (Kleinbauerninitiative)» wird 1994 bereits zum dritten Mal innerhalb von wenigen Jahren ein Volksbegehren mit agrarpolitischem Inhalt eingereicht (vgl. Vorlagen 418 und 430). Urheber ist diesmal die Vereinigung kleiner und mittlerer Bauern (VKMB), welche sämtliche Markt Eingriffe des Bundes im Agrarbereich unterbinden und den Bauernbetrieben dafür Direktzahlungen in der Höhe von maximal 50 000 Franken pro Jahr garantieren will. Um Anspruch auf diese Bundesbeiträge zu haben, sollen die Betriebe bestimmte Leistungen im Tier- und Umweltschutz erbringen müssen.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und verweist stattdessen auf den 1996 angenommenen Verfassungsartikel über die Landwirtschaft (vgl. Vorlage 430), welcher die Grundlage für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft bereits geschaffen habe. Zudem würde die von der Initiative verlangte staatliche Einkommensgarantie nach Meinung der Landesregierung die Bäuerinnen und Bauern gegenüber anderen Berufsgruppen unverhältnismässig bevorzugen. Der Nationalrat schliesst sich dem Bundesrat an und verwirft das Volksbegehren mit 102 zu 50 Stimmen, wobei die befürwortenden Voten aus den Reihen der Grünen, der Schweizer Demokraten, des LdU und teilweise der SP stammen. Auch im Ständerat hat das Volksbegehren keine Chance – einstimmig wird es von den Kantonsvertretern abgelehnt. Begründet wird die Ablehnung unter anderem damit, dass die sofortige Streichung der Marktstützungsbeiträge, wie sie die Initiative verlangt, zahlreiche Bauernfamilien die Existenz kosten würde.

GEGENSTAND

Die Bundesverfassung soll wie folgt ergänzt werden: Bäuerinnen und Bauern produzieren naturnah und tierfreundlich. Wenn sie diese Bedingungen erfüllen, haben sie zur Abgeltung ihrer Leistungen Anspruch auf Direktzahlungen, soweit diese zur Erreichung eines angemessenen Einkommens erforderlich sind. Als Schutzmassnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind ausschliesslich Direktzahlungen sowie Zölle ohne jegliche zusätzlichen Abgaben zulässig. Die Direktzahlungen an die Betriebe betragen mindestens 3000 Franken pro Hektare, maximal jedoch 50 000 Franken pro Betrieb.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Keine Bundesratspartei gibt für die Initiative die Japarole aus, unterstützt wird das Begehren einzig von den Grünen, den Schweizer Demokraten und der Lega. Die SP beschliesst Stimmfreigabe. Nicht einmal die Umweltschutz- und Konsumentenverbände stellen sich geschlossen hinter die Forderungen der Kleinbauern; und auch der Grossteil der Landwirte sagt der Initiative den Kampf an. Obwohl die Gegnerschaft laut Presse dreimal weniger finanzielle Mittel zur Verfügung hat als das von Denner unterstützte Initiativkomitee, ist vor allem die Neinkampagne in der Öffentlichkeit präsent. Überall sieht man auf Spruchbändern und aus Heuballen geformt das Wort «Nein».

ERGEBNIS

77,0% der Stimmenden und alle Kantone lehnen die Kleinbauerninitiative ab. Die Beteiligung beträgt 51,6%. Am massivsten ist die Ablehnung in der West- und Innerschweiz, wo fünf bzw. vier Kantone (Waadt, Jura, Wallis, Freiburg, Neuenburg, sowie Obwalden, Nidwalden, Schwyz und Luzern) Neinanteile von über 80% erreichen. Wie aus der Nachbefragung hervorgeht, fand die Initiative bei keiner einzigen Bevölkerungsgruppe eine Mehrheit, wobei nicht alle Gruppen sie mit der gleichen Vehemenz ablehnten. So sagten die Sympathisierenden von CVP, SVP und FDP häufiger Nein als diejenigen der SP. Während die Jastimmenden hauptsächlich die kleinen Bauern unterstützen wollten, ging es den Neinstimmenden um den Bauernstand als Ganzes.

QUELLEN

BBI 1996 IV 580; BBI 1997 II 562. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1994 bis 1998: Landwirtschaft – Agrarpolitik. Vox Nr. 64.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.